

Alfred Gusenbauer Foto: SPÖ



Am 1. Mai 2000 legte Haider den Parteivorsitz der FPÖ zurück und ließ seine Nachfolgerin Riess-Passer zur neuen Führerin seiner Partei installieren. Einem guten Bergführer gleich, dieses bukolische Bild gebrauchte Haider selbst bei seiner Abschiedsrede, läßt er seine Bergsteigertruppe die letzten paar Meter zum Gipfel vorausgehen, um dann ... um dann selbst wieder die Führung zu übernehmen – als krönenden Abschluss seiner politischen Karriere. Hier liegt vielleicht sehr banal, aber im politischen Leben doch sehr naheliegend, die erste Herausforderung für die Linke in Österreich: zu verhindern, dass dieser Mann doch noch Bundeskanzler wird.

Vor vielleicht noch einem Jahr, als es sich nicht viele in Österreich vorstellen konnten, dass kein sozialdemokratischer Kanzler dieses Land regierte, war diese politisch-praktische Frage, die manchen sehr oberflächlich vorkommen mag, eigentlich gegessen. Haider saß in Kärnten – wo er noch immer sitzt – und schien sich mit seinem Schicksal zwar nicht abgefunden zu haben, jedoch etwas weniger ehrgeizig geworden zu sein. Die Mühen des Regierens, auch wenn es „nur“ ein österreichisches Bundesland ist, verlangten auch von ihm und seiner Partei ihren Tribut. Ein sehr ehrgeiziger konservativer Politiker machte aber dem Versinken in die Politik des südlichsten österreichischen Bundeslandes einen Strich durch die Rechnung.

Die Österreicherinnen und Österreicher hatten sich schon auf ein Weiterbestehen der rot-schwarzen Koalition eingestellt. Sie konnte sich eigentlich gar nichts Anderes vorstellen. Warum auch? Das Land war gut regiert, hatte ausgezeichnete Wirtschaftsdaten und einen angesehenen Platz in der Europäischen Union. Klein, aber durchaus oho – so könnte man den österreichischen Zustand beschreiben. Selbstverständlich war das eine oder andere auszusetzen.

Die Schnelligkeit der Veränderungen postkapitalistischer Wirtschaften machte zwar manche Sorgen, aber es schien nichts zu geben, was nicht politisch in den Griff zu bekommen wäre. Jörg Haider und die Seinen waren eine politische Größe, aber eine solche, deren politischen Bäume auch nicht in den Himmel wachsen konnten. Trotz so mancher lauter Sprüche, trotz so mancher populistischer Ideen, die aber auch nicht davor gefeit waren, in der politischen Auseinandersetzung viele Haare zu lassen, sozusagen auf das politische machbare Vernünftige zurechtgestutzt zu werden. Das Spiel mit der Angst vorm blauen Mann schien nicht mehr in dem Ausmaß zu greifen, wie es schon getan hatte.

Populär, nicht populistisch

Von Alfred Gusenbauer*

Selbstverständlichkeiten zur Versicherung

Ein Wahlergebnis, eine konservative Partei, die sich, zu Recht oder zu Unrecht, mit den Rücken zur Wand fühlte, und schon saß die FPÖ in der Regierung – ausgestattet mit Schlüsselressorts wie Finanzen und Soziales. Bevor es zur Angelobung dieser blau-schwarzen Regierung kam, musste sie noch, einer Bedingung des österreichischen Bundespräsidenten nachkommend, eine Präambel unterschreiben, in der die FPÖ Spitzen sozusagen gelobten, brav zu sein und all das nicht zu tun, was sie sonst in ihren Wahlkämpfen androhten zu tun. Mit steinerner Miene, der man die Verachtung für dieses Papier ansah, unterschrieb Haider, der ja nicht der österreichischen Bundesregierung angehörte. Er begnügte sich mit seinem Landeshauptmann von Kärnten. Nur wenigen Beobachtern fiel die Peinlichkeit der Situation auf.

Da unterschrieben künftige Regierungsmitglieder eines souveränen Staates ein Papier, in dem nicht viel mehr als für jede Regierung eines zivilisierten westeuropäischen Staates Selbstverständliches stand. Aber offensichtlich war das Selbstverständliche so in Frage gestellt, dass es dieser Maßnahme bedurfte. Die Linke bedurfte einer Schrecksekunde und begann gegen die neue Regierung zu demonstrieren. Das hatte es in dieser Form in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie gegeben.

Ohne Übertreibung konnte man sagen, dass eine Woge der Politisierung die Österreicherinnen und Österreicher ergriffen hatte. Es gab keinen Stammtisch, bei dem nicht über die neue Lage der Republik diskutiert wurde. Wie schon gesagt: Nichts war und ist mehr selbstverständlich – das gilt auch für meine Partei.

Auch wenn das einige nicht wahr haben wollten: die SPÖ war innerhalb kürzester Zeit auf den harten Bänken der Opposition gelandet. Und das erfordert eine fundamentale Veränderung ihres Denkens. Sie hat wie jede Veränderung ihre Chancen und ihre Risiken. Denn wir werden uns die Oppositionsfähigkeit in den einzelnen inhaltlichen Bereichen mühsam erringen müssen. Das ist zwar vielen in der SPÖ schon klar geworden, aber noch nicht allen.

Wir müssen versuchen eine Mehrheit jenseits der ÖVP und der FPÖ zu etablieren – und dabei geht es nicht nur um eine arithmetisch-wahltechnische Mehrheit. Wir werden taugliche Antworten auf die Frage geben müssen, worin die Eckpunkte einer solidarischen Gesellschaftskonzeption am Beginn des 21. Jahrhunderts im Unterschied zu den Vorhaben der ÖVP und der FPÖ, welche die Gesell-

Wir müssen uns der Unterstützung jener versichern, die sich völlig im Recht gegen diese Regierung ausgesprochen haben.

* Dr. Alfred Gusenbauer, war in den 1980er Jahren Vorsitzender der JungsozialistInnen in der SPÖ, später Generalsekretär der IUSY, am 29. April 2000 wurde er zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gewählt.

schaft noch zerklüfteter machen werden als sie ohnehin schon ist, bestehen. Und wir dürfen als Sozialdemokraten nicht in den Fehler verfallen zu glauben, wir könnten alles alleine tun. Wir müssen uns der Unterstützung jener versichern, die sich völlig im Recht gegen diese Regierung ausgesprochen haben und die dies auch bekundeten.

Wieder Alternative werden

Die Chance ist es, die jetzige Situation als Aufbruch für die SPÖ zu nützen, das Risiko dabei ist es, dass es nicht gelingt. Die meisten Funktionäre der SPÖ hatten sich in den dreißig Jahre sozialdemokratischer Kanzlerschaft in Österreich daran gewöhnt, immer das zu verteidigen, was die Sozialdemokratie an der Regierung gemacht hat. Das war sicher in den Zeiten der Alleinregierung, also in den siebziger Jahren, noch leichter als in der Koalition mit der ÖVP. Aber aufs Verteidigen lief es fast immer hinaus. Jetzt ist diese Strategie, die doch meistens nur eine Taktik war, obsolet geworden. So schwer es manchen fällt: Wir müssen wieder Perspektive geben können – als die Alternative zu dieser Regierung.

Die SPÖ darf auch nicht in den Fehler verfallen, sich nur auf die urbanen kritischen Mittelschichten zu verlassen. Selbstverständlich können sie mit dieser Regierung, die

Es geht um nichts anderes, als dem derzeitigen FPÖ-ÖVP-Konzept der Spaltung ein Konzept der Solidarität entgegenzusetzen.

Provinzialität auf ihre Fahne geheftet hat, nichts anfangen. Jedoch es wird genauso notwendig sein, für die Wähler, die FPÖ und Haider gewählt haben und die durch die Maßnahmen der neuen Regierung, die ja ein Schlag ins Gesicht der

„kleinen Leute“ sind, sehr verunsichert sind, ein Angebot zu machen – das Angebot einer sozial engagierten Partei, die aus den Fehlern der Vergangenheit ihre Lehren gezogen hat und die versucht in einer Klammer, die Interessen der sozial Schwächeren gemeinsam mit Erfolgreicheren in der Gesellschaft durchzusetzen.

Es geht um nichts anderes, als dem derzeitigen FPÖ-ÖVP-Konzept der Spaltung ein Konzept der Solidarität entgegenzusetzen.

Nun bin ich der letzte, der annimmt, dass dies leichte Aufgabe sein wird. Nämlich auf der einen Seite die SPÖ möglichst schnell zu einer schlagkräftigen Oppositionspartei zu machen, nachdem sie 30 Jahre lang Regierungsverantwortung trug, und auf der anderen Seite, jene Konzepte und Programme zu erarbeiten, die es ihr ermöglichen, dieser Regierung nicht nur im Parlament, sondern auch am Wahltag erfolgreich Paroli bieten zu können. Aber es muss beides bewerkstelligt werden.

Bei den gescheiterten Regierungsverhandlungen wurde auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften angesprochen, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Selbstverständlich sind die Sozialdemokratischen Gewerkschafter ein unverzichtbarer Bestandteil der SPÖ. Sie vertreten in erster Linie und sehr wirksam Arbeitnehmerinteressen – also Produzenteninteressen. Das ist ihre Kernaufgabe. Aber eine politische Partei ist nicht auf das zu reduzieren, was die Aufgabe von Gewerkschaftsvertretern ist. Wenn es so wäre, dann wäre ja die SPÖ unnötig. Orientiert sich die SPÖ also an Produzenten- oder an Konsumenteninteressen. Diese Frage muss in dialektisch gesehen und gelöst werden. Es ist völlig klar, dass eine SPÖ ohne die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen undenkbar ist. Gleichzeitig ist es aber so, dass bei der Segmentierung, Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft, eine politi-

sche Konzeption ohne eine starke Inkorporation von Konsumenteninteressen nicht erfolgreich sein kann. Man muss an Hand konkreter Projekte ausdiskutieren, worin die Aufgabe der Gewerkschaften und die Aufgabe der Partei liegt und wie gemeinsame Vorgangsweisen zu erreichen sind.

Man darf sich nicht durch eine rechtskonservative Regierung in sinnlose Konfliktsituationen hineinmanövrieren lassen, die in Wirklichkeit weder den Gewerkschaften noch der Partei etwas bringen. Wenn also behauptet wird, die Gewerkschaften seien die Betonierer und die Reformunwilligen, die den unaufhaltbaren Fortschritt in sinnloser Maschinenstürmerei aufhalten wollen und alle, die nicht in den Gewerkschaften sind, seien das genaue Gegenteil, so ist das inakzeptabel. Denn gerade in den Gewerkschaften weiss man ganz genau um die Widersprüche in unserer heutigen Gesellschaft und daher gibt es eine Reformdiskussion aufgrund der neuen Arbeitsrealitäten.

Populäre Politik gegen Populismus

All das bisher Gesagte zeigt schon, dass die Antwort auf den rechten Populismus a la Haider nicht einfach ein linker Populismus sein kann. Kenner der österreichischen innenpolitischen Lage sehen in Haider übrigens einen ganz normalen Politiker, der nur geschickter sei als die anderen. Er präsentiere sich eben gestyler, medienbewusster, amerikanischer, zynischer, opportunistischer, demagogischer und schaffe es scheinbar mühelos, Unvereinbares unter einen Hut zu bringen. Er sei eben ein fast schon klassischer Populist, ein Machtmensch, dem rascher Beifall und großes Medienecho alles, soziale Ziele wenig bedeuten. Auch wenn er sich vom Vorsitz der FPÖ zurückgezogen hat und anderen auf Bundesebene aus welchem Kalkül heraus auch immer den Vortritt überlässt – er wird weiterhin die Rolle des österreichischen Schattenkanzlers innehaben. Er wird also versuchen, manchmal sogar zur eigenen Regierung in Opposition zu gehen. Eben populistisch sein, wenn es ihm passt.

Das ist keine Möglichkeit für die SPÖ. Sie wird nicht die simplen Rezepte zur Wiedererlangung der geistig-kulturellen Hegemonie, die stets die Vorbedingung zur Wiedererlangung einer politischen ist, anbieten. Sie wird nicht neoliberale Positionen übernehmen, aber sich auch nicht trotz in traditionalistische Positionen eingraben. Sie wird den Weg einer modernen Sozialdemokratie gehen, mit Werten und Zielen, die auch im 21. Jahrhundert Bestand haben und nicht in die Hybris des Alleinvertretungsanspruchs verfallen.

Die SPÖ wird harte Oppositionspolitik machen, die Missstände aufgreifen, anprangern und neue Konzepte vorlegen, deren Messlatte soziale Gerechtigkeit sein wird. Sie wird sich nicht vom Provinzialismus der neuen Regierung anstecken lassen und xenophoben, anti-europäischen Ressentiments keinen Platz lassen. Sie wird aufzeigen, dass die Probleme dieses Landes nichts damit zu tun haben, ob uns EU-Staaten schneiden, sondern nur damit, was wir hier zustande bringen, um die Probleme zu lösen. Sie wird nicht dabei sein, wenn ein Außen-Feindbild etabliert wird, damit die FPÖ, Haider und die ÖVP alles tun und lassen können, was sie wollen – unter dem scheinheiligen Mäntelchen des nationalen Schulterschlusses mit dieser Regierung.

Die SPÖ ist durch ihre Oppositionsrolle mindestens so gefordert wie in den siebziger Jahren, wo sie die Alleinregierung stellte. Sie wird diese Herausforderung meistern – nicht mit Populismus, sondern mit harter Arbeit, und damit jene Popularität gewinnen, die sie braucht, um wieder Regierungsverantwortung tragen zu können. spw